Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 11. Dezember 1885. Nr. 578.

Deutschland.

Berlin, 10. Dezember. Die Budgetkommission des Reichstages setzte gestern die Berathung des Militäretats fort. Abg. Dirichlet begründete zunächst die von ihm vorgeschlagenen Resolutionen, wonach die Privatmärkte für Remontepferde ganz aufgehoben werden sollen; mindestens seien die Bedingungen öffentlich bekannt zu machen, unter denen den Besitzern größerer Güter das Abhalten solcher Privatmärkte gestattet würde. Herr Minister v. Bronsart mußte zugeben, daß die Inhaber von Privatmärkten manchmal von kleineren Besitzern Pferde erwerben, um sie dann am Markte theurer zu verkaufen. Allerdings hätten sich die Privatmärkte seit 40 Jahren bewährt, doch werde der Kriegsminister sich mit dem landwirthschaftlichen Minister in Verbindung setzen, um deren Aufhebung herbeizuführen. Abg. Dirichlet erklärte sich durch diese Zusage für befriedigt und zog die betreffende Resolution zurück. Bei Kapitel 33 des Etats, Verwaltung der Remontedepots, weist Abg. Dirichlet darauf hin, daß die Kosten pro Pferd sich bei den einzelnen Depots sehr verschieden stellen und zwischen 120 und 360 M. differiren. Er schlägt daher vor, die fünf Depots, in denen die Kosten über 200 M. betragen, aufzuheben. Der Kriegsminister erwidert, daß die Verwaltung bereits mit diesem Plane umgehe, worauf Abg. Dirichlet auf Stellung eines entsprechenden Antrages verzichtet. Der Rest des Ordinariums wird sodann anstandslos bewilligt, ebenso im Extraordinarium die ersten 5 Titel. In Titel 6 werden als erste Rate zum Neubau von Magazin-Etablissements in Berlin zur Projektbearbeitung 35,000 M. gefordert. Generalmajor v. Hänisch theilt bei dieser Gelegenheit mit, daß Aussicht vorhanden sei, aus dem Erlöse für die aufzugebenden fiskalischen Grundstücke die gesammten Baukosten in etwaiger Höhe von 4,750,000 M. zu decken.

— Im Reichstage machte gelegentlich der Diskussion über die Arbeiterschutzanträge der Herr Staatssekretär v. Bötticher die Mittheilung, daß auch bezüglich der Frauenarbeit bereits Vorarbeiten im Gange seien und dieselben eventuell der Kommission zur Verfügung gestellt werden würden. Wie die „Voss. Ztg." mittheilt, betreffen die speziell über Nachtarbeit von Frauen angestellten Erhebungen folgende Punkte:

1) In welchen Industriezweigen ist die Nachtarbeit weiblicher Arbeiter schon seit längerer Zeit Gebrauch gewesen, und in welchem Umfange findet sie in denselben statt? (ungefähre Zahl der gewerblichen Anlagen, welche Arbeiterinnen Nachts beschäftigen, und Zahl der Arbeiterinnen in denselben).

2) In welchen Industriezweigen ist die Nachtarbeit von Arbeiterinnen neuerdings eingeführt, und in welchem Umfange ist dies bis jetzt in den einzelnen Industriezweigen geschehen?

3) Ist die weibliche Nachtarbeit, wo sie besteht, eine regelmäßige oder nur ausnahmsweise, findet sie das ganze Jahr hindurch oder nur in gewissen begrenzten Perioden statt?

4) Findet bei der Nachtarbeit der Arbeiterinnen, soweit sie besteht, ein Schichtenwechsel statt, so daß für die Arbeiterinnen auf eine Reihe von Nachtschichten eine Reihe von Tagesschichten folgt, oder werden die zur Nachtarbeit herangezogenen Arbeiterinnen durchgehends oder in einzelnen Industriezweigen nur bei Nacht beschäftigt?

5) Liegen bereits Erfahrungen über den Einfluß der Nachtarbeit auf die Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiterinnen sowie auf das Familienleben der Arbeiterbevölkerung vor?

6) Stehen dem Verbote der Nachtarbeit für Arbeiterinnen erhebliche Bedenken entgegen, überhaupt oder für einzelne Industriezweige? eventuell worin bestehen dieselben und können sie durch gewisse Vorbehalte bei dem Erlasse des Verbots beseitigt werden?

— Die ultramontanen Blätter nehmen die Absage der Regierung ans Zentrum leicht und machen sich anscheinend wenig Sorge um die deutliche Mahnung an die Konservativen, die Pfade des Herrn Windthorst zu verlassen; das Alles sei schon einmal dagewesen. Gewiß ist es schon einmal dagewesen, und wenn heute die Regierung selber bedauern muß, daß die Versuche gescheitert sind, das Zentrum zu unvoreingenommener positiver Mitthat an den gesetzgeberischen Arbeiten und zur Anbahnung eines guten und beiden Theilen möglichen Einvernehmens zwischen Staat und Kurie zu bewegen, so liegt grade in dem Umstand, daß die Regierung zu dem Standpunkt zurückkehrt, der einmal schon dagewesen ist, eine starke Bürgschaft, daß sie sich zum zweiten Male vom Zentrum nicht täuschen lassen wird. Denn auch die Verhältnisse sind schon einmal dagewesen, daß das Zentrum trotz seiner reichsfeindlichen Gefolgschaft eine Minderheit war, die zwar theoretisch Alles verneinen, aber in Wirklichkeit nichts verhindern konnte. Und diese parlamentarischen Zustände könnten leichter und früher zurückkehren, als sich das Zentrum zu glauben anstellt. Wenn die Regierung diese Zustände ernsthaft wieder will, so sind wir schwerlich weit von ihnen entfernt; dem Zentrum wird sie dann auf die zu erwartenden Klagen und Beschwerden die kurze und berühmte Antwort geben können: Du hast's gewollt!

— Der Berichterstatter des chinesischen Panzergeschwaders, zweiter Offizier des „Ting-Yuen", Lieutenant Lender, ist nach einer aus Taku am 7. Dezember hier eingetroffenen Nachricht am 22. Oktober d. Js. auf weitere 6 Monate in den Dienst der chinesischen Kriegsmarine eingetreten. Der „Ting-Yuen", dessen Kommandant Kapitän Voß war, war dasjenige Panzerschiff, welches in allen Häfen zuerst eintraf.

— Der in der Nacht vom 5. zum 6. d. M. verstorbene Ober-Baudirektor Rob. Gerwig in Karlsruhe war nicht blos, wie in dem die Todesnachricht übermittelnden Telegramm gesagt wurde, der Erbauer der Schwarzwaldbahn, er war auch der erste Ober-Ingenieur der Gotthardbahn und nach seinen Plänen ist, bis auf die von seinen Nachfolgern getroffenen Aenderungen, die ganze Linie und speziell der Gotthardtunnel gebaut worden. Gerwig war bereits im Jahre 1865 berufen worden, ein technisches Gutachten über den schon damals geplanten Bau der Gotthardbahn zu erstatten. Später wurde er mit den eigentlichen Vorarbeiten, der Aufstellung des Projekts und endlich mit der Leitung der Ausführung betraut. Seine Stellung gestaltete sich indeß bald sehr ungünstig, theils in Folge von Intriguen und Eifersüchteleien, theils allerdings auch deshalb, weil sich herausstellte, daß seine Voranschläge nicht überall ganz zutreffend gewesen waren und man ihn für die finanziellen Schwierigkeiten verantwortlich machen wollte, mit denen das Unternehmen anfänglich zu kämpfen hatte. Er trat daher bald wieder in den badischen Staatsdienst und wurde als Baudirektor an die Spitze der technischen Abtheilung der General-Direktion der Eisenbahnen berufen, wo er bis jetzt thätig gewesen ist. Als im Herbste 1875 Robert v. Mohl gestorben war, erinnerten sich die Wähler des 2. badischen Wahlkreises, zu welchem der größte Theil des Schwarzwaldes gehört, des Erbauers der Schwarzwaldbahn, welche das Gebirge dem Verkehr erschlossen hatte, und sandten ihn als ihren Vertreter in den Reichstag, wo er sich der nationalliberalen Fraktion anschloß. Er vertrat den Wahlkreis bis 1884.

— Es sollen dem Reichstage in der zweiten Hälfte der Session außer der Verlängerung des Sozialistengesetzes nach einer aus unterrichteten Kreisen kommenden Mittheilung noch sehr umfangreiche Aufgaben bevorstehen. Dazu dürfte nach dem jetzigen Stande der Dinge auch der Plan gehören, die Frage des Septennats noch in dieser Session zum Austrag zu bringen. Wir können versichern, daß man gegenwärtig damit stark umgeht und unter solchen Umständen eine Dauer der Reichstagssession bis in den Juni hinein in das Auge gefaßt hat. Man will unter allen Umständen sich der Zustimmung des Reichstags für alle wichtigen Fragen der Militär- und Marineverwaltung sobald wie möglich versichern. Auch den Regierungskreisen ist die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages keineswegs sympathisch und man würde am liebsten mit dem jetzigen Reichstage noch die wichtigen Tagesfragen erledigen.

Ausland.

Petersburg, 6. Dezember. Der „Boh." wird geschrieben:

„Die offizielle Politik der russischen Regierung hat bisher keine Aenderung erfahren, hat vielmehr noch immer die Herstellung des status quo ante als ihr Ziel ausgesteckt. Sie hält an diesem Programm schon aus Widerspruch gegen England fest; denn die Haltung Englands auf der Konferenz, die Thatsache, daß der britische Bevollmächtigte in Konstantinopel mit unerhörter Zähigkeit den Anschauungen Rußlands opponirt hat und daß das britische Kabinet überhaupt durch äußerliche Parteinahme für die Balgaren den Einfluß Rußlands aus jenem Lande, welches durch die Macht, die Großmuth und die Opfer Rußlands vom türkischen Joche befreit worden ist, zu verdrängen sucht, hat die ganze Wachsamkeit der Regierung herausgefordert. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß der Zar in der weiteren Entwickelung der Dinge das Programm von der Wiederherstellung des status quo ante fallen läßt, aber es bedarf hierzu zweier unerläßlicher Vorbedingungen: daß nämlich Fürst Alexander erstens in demonstrativer Weise seine Aussöhnung mit Rußland durch eine loyale Erklärung anzustreben sucht und daß er zweitens ganz ostensibel der englischen Protektion entsagt. Unter diesen beiden Voraussetzungen wird die russische Politik ihren Frieden mit dem Fürsten Alexander und dem bulgarischen Volke machen, aber sie sind beide gleich unerläßlich und eine allein würde nicht hinreichen."

Bei der Versöhnung müßte Fürst Alexander wieder in die russische Armee aufgenommen werden. Man fürchtet, daß dieser Rückzug dem Zaren zu schwer erscheinen würde; er kann sich aber auf einen Präzedenzfall berufen. Der Vater des Fürsten Alexander, der Prinz Alexander von Hessen-Darmstadt, ist auch einmal aus den Listen der russischen Armee ausgeschlossen worden. Als er sich mit der Gräfin von Hauck (Prinzessin Julie von Battenberg) vermählte, war Kaiser Nikolaus über diesen Schritt des Bruders seiner Schwiegertochter so erzürnt, daß er die Ausschließung anbefahl. Nach der Thronbesteigung Alexanders II. wurde der Prinz wieder in seine früheren Würden eingesetzt.

Odessa, 9. Dezember. Die hiesige Sektion der Gesellschaft vom Rothen Kreuz hat heute eine Sendung von Wäsche und Verbandmitteln nach dem Kriegsschauplatze abgehen lassen.

Asien. Der unblutige Feldzug nach Mandale hat nachträglich ein blutiges Nachspiel gehabt. Der birmanische Pöbel durchzog raubend und mordend die Stadt, plünderte die Klöster, beraubte einige königliche Prinzessinnen ihrer Juwelen und machte eine Menge Menschen nieder, so daß viele Europäer aus Furcht flohen. Da das englische Hauptquartier 5 Kilometer weit von der Stadt entfernt an Bord des Dampfers sich befand und die Stadt nur ungenügend besetzt war, begegneten die Missethäter nirgendwo ernstlichem Widerstande. Zum Glück waren die Kronjuwelen vom Oberst Sladen gerettet worden. König Thebau hat vor seiner Abfahrt in Gegenwart Sladen's und des Vertreters der „Times" ein Bekenntniß abgelegt oder vielmehr eine Rechtfertigung versucht, denn er leugnete dabei jenes Verbrechen, das den Engländern hauptsächlich zum Kriegsvorwande diente, den Mord seiner Verwandten bei seinem Regierungs-Antritte, vollständig ab. „Ihr Engländer" — so sagte er — „glaubt, daß ich meine Verwandten tödtete, aber das ist nicht der Fall. Ich selbst wurde bewacht, während sie getödtet wurden. Ich selbst wäre gemordet worden, hätte nicht der König vor seinem Tode der Königin erklärt, ich sei der ruhige Sohn. Auch stellten die Priester ein Horoskop und mein Name war dabei der erste. Während der ersten sieben Monate nach meinem Regierungs-Antritte durfte ich mich in nichts einmischen. Ich ward nicht einmal gekrönt, sondern trug die Gewandung eines Phungyn-Priesters. Meine Verwandten sollten nur eingesperrt, nicht getödtet werden. Ich schlief, als der Befehl zu ihrem Morde durch die Minister gegeben ward, und später versuchte der Yenut Mengyi, welcher die Prinzen abschlachtete, auch mich zu ermorden. Das englische Volk wußte manches von meinen Thaten, nicht aber das, was hinter meinem Rücken vorging. Ich verließ niemals den Palast und bin nicht, wie behauptet wird, ein Trunkenbold, sondern ein frommer Buddhist. Ich habe die Kronjuwelen ausgeliefert, hoffe aber, daß die Engländer, die ein großes Volk sind, mir den Ring (einen prachtvollen Rubin) und meiner Frau ihr Geschmeide (ein Diamanten-Halsband) lassen werden." Thebau gefällt sich in der Rolle eines Opferlammes. Er sei nie mehr als eine Puppe auf dem Throne gewesen. Seine Minister trieben ihn zum Kriege und rissen aus, als die Engländer heranzogen. Von der Eroberung Minhlas erfuhr er nichts; sobald er daher von der Ankunft der Engländer in Pagan hörte, gab er sofort Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten. Die Minister seien an Allem schuld; sie waren undankbar, und undankbar waren auch der Königin Dienerinnen, denn sie sagte zu Sladen: „Vorgestern hatte ich 300 Ehrendamen, heute sind nur noch 16 zurückgeblieben." Thebau glaubt immer noch an seinen Verbleib auf dem Throne, wenn er sich auch Sladen und den Engländern vollständig unterstellen will. Dazu aber ist wenig Aussicht vorhanden, denn er befindet sich auf dem Wege nach Rangun und wird von dort nach Ceylon geschafft werden. Gründe für die Unthunlichkeit einer Schutzherrschaft sind allerdings reichlich vorhanden. Erstens wollen die Chinesen nichts mehr von Thebau wissen, und die Chinesen sind Birmas Nachbarn; zweitens soll das eroberte Birma mit Britisch-Birma zu einer Provinz vereinigt werden, weil Britisch-Birma dem englischen Seckel bis jetzt nichts gekostet hat, alle Schutzherrschaften aber Geld verlangen; drittens — und das ist der Hauptgrund — wünscht England die Einverleibung. Sobald der Zivilkommissar Bernard angekommen, wird der General Prendergast die Verwaltung in seine Hände abgeben. Er gedenkt, das Land in 12 Bezirke unter einheimischen Beamten einzutheilen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. Dezember. Der wesentlichste Punkt der Tagesordnung der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung war die Vorlage des Magistrats betreffend den Besoldungsplan für die Dirigenten, Lehrer und Lehrerinnen der unter der Verwaltung der Schul-Deputation stehenden Schulen und die dazu eingegangenen Anträge. Bei Beginn der Sitzung würde von Herrn Meyer der Antrag gestellt, diese Vorlage in geheimer Sitzung zu berathen, da anzunehmen sei, daß persönliche Angelegenheiten einzelner Lehrer zur Sprache kommen könnten. Nachdem sich jedoch Herr Oberbürgermeister Haken und Herr Dr. Amelung gegen diesen Antrag ausgesprochen, wird derselbe von Herrn Meyer zurückgezogen und in die Debatte eingetreten. Im Namen der Finanz-Kommission referirte Herr Cohn in ausführlicher Weise über die Vorlage und beantragte schließlich, die Vorlage, bei deren Annahme im Etatsjahre 1886—87 gegen den Etat pro 1885—86 eine Mehrausgabe von 7758,75 Mk. entstände, abzulehnen, bis auf den Paragraphen, welcher die bei Mittelschulen angestellten Lehrer betrifft, und auch bei diesem Paragraphen wird von der Finanzkommission beantragt, die in der Vorlage proponirte Gehaltsskala in der Weise zu ändern, daß die definitiv angestellten Mittelschul- und technischen Lehrer bei der Anstellung ein Gehalt von 1300 Mk. erhalten, nach vollendete 5. Dienstjahre 1500 Mk., sodann soll das Gehalt mit dem 9., 12., 15., 18., 20., 22. und 25. vollendeten Dienstjahre steigen, bis es nach vollendetem 28. Dienstjahre die Maximalhöhe von 2700 Mark erreicht. Die wissenschaftlichen Lehrerinnen bei den Mittelschulen sollen bei der Anstellung ein Gehalt von 1100 Mk. erhalten, dasselbe soll von 5 zu 5 Jahren steigen, bis es nach dem vollendeten 20. Dienstjahre die Maximalhöhe von 1700 Mark erreicht. — Bei etwaiger Gewährung einer Dienstwohnung soll solche mit 15 Proz. des Gehalts in Abrechnung gebracht werden. — Von Herrn Kurz war zu der Vorlage beim Magistrat ein Antrag eingereicht, in welchem vorgeschlagen wurde, die Gehaltssteigerungen regelmäßig von 5 zu 5 Jahren eintreten zu lassen, weiter lagen der Versammlung zwei Petitionen vor, in welchen um Annahme der Magistrats-Vorlage gebeten wird und welche beide aus Lehrerkreisen herrührten.

Im Laufe der Diskussion wurden eine Reihe von Anträgen seitens der Herren Dr. Wolff und Dr. Amelung, sowie der Herren Kurz und Werner gestellt; die Debatte wurde zeitweise sehr lebhaft und endete schließlich mit der

Annahme des Antrages des Herrn Dr. Amelung, wonach die Vorlage des Magistrats mit wesentlichen Aenderungen, wie solche die Finanz-Kommission bei der ersten Berathung der Vorlage beschlossen hat, angenommen ist.

Einem Antrag des Magistrats entsprechend, wird einstimmig beschlossen, bei Gelegenheit des 25jährigen Regierungs-Jubiläums Sr. Majestät des Kaisers am 2. Januar 1886 seitens des Magistrats und der Stadtverordneten eine gemeinsame Glückwunsch-Adresse an Se. Majestät zu richten. Von Seiten des Magistrats zu Kolberg war der Vorschlag gemacht, von den städtischen Verwaltungen aller pommerschen Städte eine gemeinschaftliche Adresse abzulassen, dieser Vorschlag konnte jedoch nicht berücksichtigt werden, da bereits von Seiten der Provinzial-Verwaltung die Absendung einer Adresse namens der Provinz beschlossen ist.

Von Seiten der Kaufmannschaft ist vor Kurzem der Magistrat ersucht worden, die Zahl der Löschplätze zu erhöhen; zu dieser Angelegenheit liegt ein Schreiben des Herrn Kaufmann Fock vor und beschließt die Versammlung, das Schreiben dem Magistrat zu überreichen, damit die darin gemachten Vorschläge eventuell berücksichtigt werden können.

Gewählt werden: zum Vorsteher der 15. Armen-Kommission Herr Schmiedemeister A. Behring, zum Vorsteher der 17. Armen-Kommission Herr Kaufmann E. Crépin und zu Schiedsmännern für etwa vorkommende Schätzungen bei Schadenfällen durch Viehseuchen die Herren Rentier Bettac, Viehhalter Clausen, Hofschlächtermeister Jantzen und Ackerbürger Janott.

Wie bei den übrigen Ortskrankenkassen wird genehmigt, daß auch für die Ortskrankenkassen Nr. 17, 20 und 24 an Kur- und Verpflegungskosten im städtischen Krankenhaus nur ein Tagessatz von 1 Mark pro Person gezahlt wird.

Ohne wesentliche Debatte werden bewilligt: 66 Mk. 67 Pf. Stellvertretungskosten für einen Lehrer, 600 Mk. zur Instandsetzung des Weges von Wolfshorst, 147 Mk. 2 Pf. an Kosten für die bauliche Unterhaltung des Kinderpensionats pro 1885—86, 75 Mk. Stellvertretungskosten für eine erkrankte Handarbeitlehrerin und 2865 Mark zum Erwerb von 191 □m. Vorgarten-Terrains von den Grundstücken Pölitzerstraße 11 und Giesebrechtstraße 8, sowie 1136 Mk. für Bürgersteigsherstellung nebst Vertragskosten und 1620 Mk. zum Erwerb von 81 □m. Bürgersteigsterrain von den Grundstücken Unterwiek 12b und 13.

Die Weiterverpachtung der Fischerei im Möllensee und einiger Gräben auf 6 Jahre für 55 Mark Jahrespacht wird genehmigt.

Die Renovationsarbeiten im alten Rathskeller haben längere Zeit in Anspruch genommen als vorausgesehen war, so daß der neue Pächter, Herr Hüfer, die Räume im Oktober nicht mehr benutzen konnte; dem Gesuch des Pächters entsprechend wird beschlossen, daß die Miethszeit statt am 1. Oktober erst mit dem 1. November d. J. beginnen soll.

Die Vorlage des Magistrats betreffend die Bewilligung von 2070 Mark für 69 □m Straßen-Terrain von den Grundstücken Mühlenbergstraße 22—23 wird auf Antrag der Finanzkommission abgelehnt, da der geforderte Preis von 30 Mark pro Quadratfuß ein ganz unverhältnißmäßig hoher.

Die Versammlung genehmigt, daß vom 1. Oktober 1886 ab 6 Klassen der Ministerialschule in das Waisenhaus verlegt werden und bewilligt 360 Mark Jahresmiethe für 2 Klassen der Ministerialschule im Waisenhause.

Nachdem an der im Januar d. Js. genehmigten Skizze zum Bau der Barnimschule an der Scharnhorst- und Petrihofstraßen-Ecke einige Aenderungen, welche dem ganzen Bau zum Vortheile gereichen, nöthig gewesen, liegt jetzt das vollständige Projekt vor. Die Finanz-Kommission schlägt vor, dieses Projekt zu genehmigen und die veranschlagten Baukosten in Höhe von 230,000 M. aus den Ueberschüssen der Sparkasse zu bewilligen, ferner den Magistrat zu ersuchen, den Werth des Baugrundes festzustellen und auch diese Kosten aus den Ueberschüssen der Sparkasse zu entnehmen.

Nachdem der Referent kurz erwähnt, daß an den Kostenanschlägen einiges zu moniren sei und Herr Stadtbaurath Kruhl darauf entgegnet, werden die Anträge des Magistrats ohne Debatte angenommen.

Nach einem im Juli 1884 zwischen der Stadt und dem Direktorium der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn abgeschlossenen Vertrage soll der Zufuhrweg vom Parnitzthor nach dem Breslauer Bahnhof von Seiten der Bahn mit Steinen gepflastert und mit Bürgersteigen versehen werden. Nachdem die Freiburger Bahn in den Besitz des Staates übergegangen und der Personenbahnhof vor dem Parnitzthor demnächst eingehen wird, hat die Bahnverwaltung kein wesentliches Interesse mehr an der Benutzung des Zufuhrweges und schlägt der Stadt einen Vergleich vor, nach welchem die Stadt auf die vertragsmäßige Herstellung des Zufuhrweges verzichten und dafür der Eisenbahn-Fiskus eine Entschädigung von 20,000 Mark an die Stadt zahlen soll. Der Magistrat hat sich mit diesem Vergleiche einverstanden erklärt, während die Finanz-Kommission beantragt, die Entschädigung auf 25,000 Mark festzusetzen und in dieser Höhe vom Eisenbahn-Fiskus zu fordern. Die Versammlung beschließt dem Antrage der Finanz-Kommission gemäß.

Erst um ½10 Uhr war die Sitzung beendet.

Stettin, 11. Dezember. Bekanntlich wurden die Schüler der höheren Unterrichts-Anstalten auf die Beschaffenheit ihrer Augen untersucht, wobei es sich herausgestellt hat, daß die Zahl der Kurzsichtigen leider einen sehr hohen Prozentsatz ausmache. Im Laufe des verflossenen Sommerhalbjahrs sind nun auf Veranlassung des Kultusministers v. Goßler auch Erhebungen über das Auftreten der Schwerhörigkeit unter den Schülern angestellt worden. Die Provinzial-Schulkollegien hatten zu diesem Behufe die Direktoren der höheren Schulanstalten aufgefordert, u. A. etwa folgende Fragen zu beantworten: 1) Wie hoch ist die Zahl der Schwerhörigen in den einzelnen Klassen? 2) Waren die Schüler bereits bei ihrem Eintritt in die Anstalt mit diesem Uebel behaftet? und 3) Wie wird auf schwerhörige Schüler Rücksicht genommen? Es hat sich nun ergeben, daß die Zahl der Schwerhörigen in den preußischen Schulen 2.18 Proz. der Gesammtzahl der Schüler betrage und daß von dieser Gesammtzahl 1.74 Proz. oder 80 Proz. der Schwerhörigen bereits beim Eintritt in die Schule mit diesem Uebel behaftet gewesen sind. Bei 0.44 Prozent der Schüler der höheren und 0.31 Proz. der Vorschulklassen wurde zwar konstatirt, daß der Eintritt der Schwerhörigkeit in die Zeit des Schulbesuchs falle, daß dies aber die Schule keineswegs verschuldet habe. Etwa bei der Hälfte der Schüler war die Ursache der Schwerhörigkeit in allerlei von denselben überstandenen Krankheiten, namentlich Masern und Scharlach, zu suchen. Während ferner die vor zwei Jahren vorgenommenen ärztlichen Untersuchungen feststellten, daß die Zahl der Kurzsichtigen von Klasse zu Klasse zunehme, konnte bei den Schwerhörigen ein Steigen der Verhältnißzahlen nach den aufsteigenden Klassen nicht konstatirt werden. Eine nach den angestellten Erhebungen vom Kultusminister erlassene Verfügung legt daher der Schule nur die Pflicht auf, den schwerhörigen Schülern die erforderliche Rücksichtnahme angedeihen zu lassen (womit doch wohl die Anweisung von Plätzen auf den vorderen Bänken gemeint ist), damit ihre geistige Entwicklung in Folge der Schwerhörigkeit so wenig als möglich leide, und erwartet von den Lehrern, daß sie bei beginnender Schwerhörigkeit die betreffenden Eltern der Kinder hiervon in Kenntniß setzen, damit sie erforderlichen Falls ärztliche Hülfe in Anspruch nehmen.

— Der Violoncello-Virtuose Herr Professor Robert Hausmann, auf dessen Mitwirkung in dem am 12. d. Mts. stattfindenden Elite-Konzert wir ganz besonders aufmerksam machen, hat einen bedeutenden Ruf in der musikalischen Welt und wird er als einer der ersten Vertreter seines Instrumentes sich auch hier die vollsten Sympathien des kunstsinnigen Publikums erringen. Professor Hausmann spricht zu uns durch sein Instrument eine aus tiefstem Herzen kommende Sprache, sein Spiel ist weich und lieblich, sein Vortrag ruhig und sicher und seine technische Fertigkeit eine ganz eminente. Das Orchester bringt uns zwei interessante Werke, Ouvertüren von Niels W. Gade und Mendelssohn-Bartholdy, und die Mitwirkung unserer ersten Opernkräfte, des Fräulein Maria Hochfeldt und der Herren Wilhelm Richter und W. Riechmann, dürfte die Erwartung auf einen genußreichen Konzert-Abend gewiß nicht täuschen.

— Landgericht. — Strafkammer 1. — Sitzung vom 10. Dezember. — Wegen Uebertretung des § 12 I. des Nahrungsmittelgesetzes hatten sich die Fleischergesellen Emil Braun und Albert Raddatz, Beide aus Gollnow, zu verantworten. Dieselben hatten am 5. August d. Js. das Fleisch einer geschlachteten Kuh auf den hiesigen Fleischmarkt gebracht, welches in Folge des mageren Aussehens und der ekelhaften Färbung mit Beschlag belegt und schließlich zur Vernichtung an die Abdeckerei abgeliefert wurde, weil nach dem Gutachten des Sachverständigen das Fleisch von einer kranken Kuh herrührte, welche beim Schlachten bereits im Verenden lag. Die näheren Ermittelungen ergaben, daß R. im Einverständniß mit Br. die Kuh in einem Dorfe bei Gollnow von einem Bauer für 20 Mark gekauft, und, da sich das Thier nicht mehr erheben konnte, im Stalle abgeschlachtet hatte. Das Fleisch wurde sodann in einem Wagen unter der guten Fleischwaare versteckt, welche die Angeklagten im Auftrage eines renommirten Gollnower Fleischermeisters nach Stettin brachten. Ehe der Verkauf des ungesunden Fleisches hier abgeschlossen werden konnte, wurde dasselbe mit Beschlag belegt. In der heutigen Verhandlung suchten beide Angeklagten die Schuld von sich abzuwälzen, der Gerichtshof hielt dieselben jedoch für überführt, nahm auch an, daß sie gewußt haben, daß das Fleisch von einem kranken Vieh herrühre und zum Genuß für Menschen schädlich sei und wurde gegen jeden der Angeklagten auf 3 Monate Gefängniß erkannt.

Aus den Provinzen.

Kolberg, 9. Dezember. Nach vorläufiger Feststellung der Volkszählung beträgt die Einwohnerzahl Kolbergs 16,368, darunter 8241 männliche und 8127 weibliche. Die Zahl der Haushaltungen ist 3442, die der einzeln lebenden selbstständigen Personen 425. Wohnhäuser hat Kolberg 1314 bewohnte und 60 unbewohnte. Die Einwohnerzahl von Kolberg im Jahre 1880 betrug 16,022, die Zunahme ist also 346 Seelen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die lustigen Weiber von Windsor." Oper in 4 Akten.

Sonnabend: „Theodora."

Vermischte Nachrichten.

— Ueber die japanischen Frauen lesen wir im „Globus": Als das Allerunfeinste gelten an einer Frau breite Hüften. Während unsere Damen alles Mögliche thun, um durch Einschnürung der Taille und Verbreiterung der Hüften selbst durch künstliche Nachhülfe das zu erzielen, was sie eine schöne Figur nennen, bindet die Japanerin einen breiten Gürtel um die Taille, um den Vorsprung der Hüften möglichst auszugleichen, und die Aermste, die von der Natur eine schlanke Taille mitbekommen hat, wattirt den Gürtel mit Papier, um diesen Fehler möglichst zu verdecken. Auch sonst schätzt der Japaner an seinen Frauen volle Form durchaus nicht, schon die kapitolinische Venus erscheint ihm plump und unschön, eher findet die Mediceerin Gnade vor seinen Augen, noch viel mehr aber Tizians schlafende Venus in der Dresdener Gallerie. Eigenthümlich ist auch der Gang der Frauen. Japanische Damen stehen oder gehen nie ganz aufrecht; je mehr sie feine Manier und höfliches Benehmen zeigen wollen, um so mehr drücken sie ihre weibliche Bescheidenheit durch leicht gebeugte Haltung aus. Die Knie sind etwas gebeugt, der Oberkörper leicht nach vorn geneigt. Der Gang ist darum sehr unschön und die abscheulichen Stelzschuhe lassen ihn noch unschöner erscheinen. Auch im Hause verlangt der gute Ton, daß die Frau den Fuß kaum vom Teppich hebt und mit ganz kleinen Schrittchen dahinschlürft; muß sie ihn heben, so bleibt er immer parallel dem Boden und im Fußgelenk im rechten Winkel gebogen.

Wien, 5. Dezember. (Ein trübes Bild der Zeit.) Am 4. v. M. lenkte ein Mann vor dem Gebäude der Gartenbau-Gesellschaft die Aufmerksamkeit der Passanten dadurch auf sich, daß er in seiner Hand eine Tafel hielt, auf welcher in kalligraphischer Ausführung die Worte geschrieben standen: „Ich bitte um Arbeit und Verdienst zur Rettung für mich und meine Familie. Ein unglücklicher Wiener." Der Mann wurde arretirt, und auf dem Wege zum Kommissariat benahm er sich höchst renitent. Heute wurde er unter anderen Verhafteten dem Richter des Bezirksgerichts Alsergrund unter der Anklage der Uebertretung des Vagabundengesetzes und der Wachebeleidigung vorgeführt. Der Angeklagte wies Legitimationspapiere vor, durch welche er sich als der Techniker und Zivil-Ingenieur Eduard Stingel vorzustellen in der Lage ist. Richter: Und dazu haben Sie Technik studirt, um heute betteln gehen zu müssen? Das ist fürwahr traurig! — Angekl.: Sie haben recht, Herr Richter, es ist traurig; gleichwohl muß ich einen Irrthum, in dem Sie sich befinden, korrigiren: Ich habe nicht gebettelt, ich habe nur auf einem allerdings außergewöhnlichen Wege gestrebt, Arbeit zu erhalten. Wenn Weib und Kind hungern, und die Gefahr da ist, obdachlos zu werden, dann kann man leicht zu verzweifelten Mitteln greifen. — Richter: Waren Sie in Ihrer Eigenschaft als Ingenieur schon irgendwo angestellt? — Angekl.: O ja, und in dieser Eigenschaft war ich in der Lage, der Kommune einen großen Dienst zu erweisen. — Richter (erstaunt): Der Kommune? — Angekl.: Jawohl. Ich war nämlich bei der Gasgesellschaft angestellt und habe dort die Ueberzeugung gewonnen, daß die Errichtung städtischer Gaswerke für die Kommune eine Nothwendigkeit sei. Dieser meiner Ueberzeugung habe ich dem verstorbenen Gemeinderath und Schriftsteller Hirsch gegenüber Ausdruck verliehen, und meine Exposés, die ich ihm übergeben, sowie die Behelfe, die er von mir zu seinen Artikeln gegen die Gasgesellschaft erhalten hat, haben mir die Freundschaft dieses Mannes erworben. — Richter: Gewiß aber nicht die der Gasgesellschaft, und ich finde es begreiflich, daß Sie Ihre Stellung verloren haben, wenn Sie gegen Ihre damaligen Brodherren konspirirten! — Angekl.: Das Wohl der Kommune stand mir aber höher, und die Gasdebatte im Gemeinderathe hat es bewiesen, daß ich damals Recht hatte. Uebrigens, wozu Reminiszenzen auffrischen, — heute stehe ich vor Ihnen nicht als Techniker, sondern als Vagabund. Noch bin ich es nicht. (Weinend): Aber wenn ich keine Arbeit finde, wenn ich, ein Wiener, dem Untergange geweiht sein soll, — dann will ich ein Vagabund werden! Diesmal habe ich mir die Kourage, mich mit der Tafel vor dem Publikum hinzustellen, dadurch verschafft, daß ich vorerst für 4 Kreuzer Schnaps getrunken habe. — Richter: Sie sollen aber auch, wie die Meldung des Wachmannes lautet, in zudringlicher Weise gebettelt haben, und zudem haben Sie den Wachmann beschimpft. Gestehen Sie dies zu? Sie können überzeugt sein, daß ich mit Rücksicht auf Ihre wirklich bedauernswerthe Lage die weitestgehende Milde walten lassen werde. Aber setzen Sie mich auch dadurch, daß Sie ein Geständniß ablegen, in die Lage, dies thun zu können. — Angekl.: Nun ja, es ist möglich, daß ich in meiner Verzweiflung dem Wachmanne beleidigende Worte zugerufen habe, aber gebettelt — nein! — Eduard Stingel erhielt wegen Uebetretung des Vagabundengesetzes und Wachbeleidigung eine 24stündige Arreststrafe zuerkannt. — Richter: Sie nehmen wohl die Strafe an und können morgen um 9 Uhr auf freien Fuß gesetzt werden. — Angekl.: Ich danke Ihnen, Herr Richter, für Ihre Humanität, die Sie mir gegenüber bewiesen haben; doch ich fürchte, wenn ich keine Arbeit finde, bald wieder hier zu sein.

Berlin. Die erste Sanitäts-Kolonne, welche der hiesige Zweigverein des rothen Kreuzes nach Bulgarien entsandt hat, bestehend aus dem dirigirenden Arzt des Lazarus-Krankenhauses Dr. Langenbuch, 4 Assistenzärzten und 2 Diakonissen desselben Hauses, ist, wie die „N. Pr. Ztg." berichtet, den neuesten telegraphischen Nachrichten zufolge, am Sonntag in Sofia, dem Ort ihrer Bestimmung, wohlbehalten eingetroffen. So bequem der erste Theil der Reise war bis Rustschuk an der bulgarischen Grenze, welcher vom Donnerstag, den 26. November, Abends, bis Sonntag, den 29. November, zurückgelegt wurde, so unbequem ist der zweite Theil gewesen. Die Expedition hat auf offenen Wagen in anstrengenden Fahrten mindestens 5 Tage gebraucht, um von Rustschuk über die Schlachtfelder des letzten russisch-türkischen Krieges Plewna u. s. w. und über den Kamm des schneebedeckten Balkans nach Sofia zu gelangen. Dort ist sie mit offenen Armen aufgenommen worden und bereits in Thätigkeit getreten.

— (Echt amerikanisch.) Aus Philadelphia schreibt man der „W. A. Z.": „Am 10. November fand in der Kirche zum Erlöser die Trauung des Kaufmanns Thomas mit Miß Elisa Woodfall statt. Nachmittags wurde im „Hotel Continental" ein großes Diner veranstaltet und während desselben starb der neuvermählte Gatte durch Berstung einer Ader. Im selben Momente stürzte sich die Braut ihren Eltern zu Füßen und erklärte unter bitteren Thränen, daß der Himmel selbst eingeschritten, indem sie eigentlich den Buchhalter Gordon liebe. Die Alten ließen denselben holen und der unter den Gästen anwesende protestantische Priester, der die erste Trauung vollzogen, segnete wenige Stunden später auch den zweiten Bund. Am 12. November begleitete das junge Ehepaar die Leiche des unglücklichen Thomas zur letzten Ruhestätte.

— (Schlagendes Argument.) Mann: „Was, Du bist noch auf und so aufgeregt?" — Frau: „Ueber Dein langes Ausbleiben. Ich koche vor Wuth." — Mann: „Schneid' nicht so auf. Wenn Du kochen könntest, so brauchte ich Abends nicht in's Wirthshaus zu gehen."

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Köln 10. Dezember. Der Rheinpegel zeigte heute Mittag 6.14 Meter, das Wasser steigt langsam weiter und steht stellenweise schon auf der Werft, auch vom Oberrhein und von der Mosel wird weiteres Steigen gemeldet. Nachts leichter Schneefall, heute hell. Frost.

Montabaur, 10. Dezember. Bei der heute stattgehabten Ersatzwahl zum Abgeordnetenhause wurde Kaufmann Peter Paul Cahensly (Zentr.) mit 171 von 186 abgegebenen Stimmen gewählt.

London, 10. Dezember. Dilke hielt bei einem gestern in Chelsea im Klub der Liberalen stattgehabten Diner eine Rede, in welcher er erklärte, die Liberalen wollten keineswegs die gegenwärtige Regierung stürzen, die vorgeschrittenen Liberalen hätten stets die Prinzipien vor die Personen gestellt, er sehe deshalb nicht ein, weshalb sie nicht irgend eine Regierung wirksam bei Ausführung von Maßregeln unterstützen könnten, über deren Hauptpunkte alle einig zu sein schienen.

Belgrad, 9. Dezember. Heute sind 6000 Mann der Ersatzreserven nach Nisch abgegangen.

Die diesseitigen Vorschläge, betreffend den Waffenstillstand, sind nach einem heute Morgen eingegangenen Bescheide von bulgarischer Seite abgelehnt und sind gleichzeitig Gegenvorschläge gemacht, auf welche bis morgen Mittag Antwort verlangt wird. Sicherem Vernehmen nach weist Bulgarien jede Bedingung zurück, in der von einer Verpflichtung zum Rücktritt von der Union die Rede ist.

Belgrad 10. Dezember. Die serbische Antwort auf die letzten Gegenvorschläge Bulgariens betreffend den Waffenstillstand ist heute Nacht nach Pirot abgegangen.

Der neu ernannte Kriegsminister Franassovic trifft morgen Nacht hier ein; derselbe hat die Bedingung gestellt, daß im wesentlich umfassenderen und reichlicheren Maßstabe Fonds für die Verpflegung der Truppen wie für die Beschaffung von Munition zur Verfügung gestellt werden.

Konstantinopel, 9. Dezember. Ghazi Mukhtar Pascha wurde heute vom Sultan empfangen und reist morgen mit zahlreichem Gefolge auf der Yacht „Izzedin" nach Alexandrien ab.

Konstantinopel, 10. Dezember. Der zum außerordentlichen Kommissar für Ostrumelien ernannte Djevdet Pascha wird von dem Sekretär der deutschen Botschaft, v. Lindenau, dem österreichischen Konsul Piombazzi und dem russischen Konsul Sorokin begleitet werden.

Der englische Geschäftsträger White läßt jetzt selbst die Behauptung einer auswärtigen Zeitung, er habe in der letzten Konferenzsitzung geäußert, daß England den Berliner Vertrag nicht mehr anerkenne, für vollständig unbegründet erklären, er habe keine derartige Aeußerung gethan.

Athen, 10. Dezember. Der Minister Delyannis hat einen Gesetzentwurf betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 100 Millionen für Erfordernisse des Kriegs- und Marine-Departements eingebracht.